

Flugschriften #1

Aktionszeitung der internationalen sozialistischen linken – Oktober 2003



Die Große Koalition der Willigen macht ernst:

Menschen sind Kosten auf zwei Beinen

»Hau weg den Scheiß.« Angeführt von Hartz, Rürup und Herzog, angestachelt von Schröders Agenda 2010 macht sich seit der letzten Bundestagswahl eine große Koalition von Willigen daran, den Sozialstaat Bundesrepublik zu killen. Bis Ende des Jahres soll der Systemwechsel in der Renten-, Gesundheits-, und Arbeitsmarktpolitik durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht sein.

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wird ausgehebelt und keiner schreit: »Verfassungsfeind!« Im Gegenteil: Im unerschütterlichen Willen, das Projekt 18% für die Sozialdemokratie zu okkupieren, verbindet der Kanzler die Zustimmung zu »seinen Reformen« mit seiner Person. Und selten war so wenig Opposition.

Wie besoffen von dem Gefühl, an diesem sozialpolitischen Bruchpunkt der Bundesrepublik mitwirken zu können, geifert die veröffentlichte Meinung nach immer mehr »durchgreifenden Reformen« und verweist dabei auf das europäische Ausland, das den Anpassungsprozess an die Realität der globalisierten Wirtschaft schon vollzogen hätte.

Tatsächlich hinkt die Transformation des Modells Deutschland, einst gleichbedeutend mit Wohlfahrtsstaat, in eine sozialpolitische Wüste Kahl-schlagprozessen wie in Großbritannien oder den Niederlanden hinterher. In Deutschland konnten sich die Gewerkschaften gegen den politischen und moralischen »Erneuerungswillen« der Kohl-Regierungen im Wesentlichen behaupten. Solange die DDR existierte, musste die BRD nicht nur mit einer verlockenden Warenwelt, sondern auch mit einem attraktiven Sozialsystem glänzen.

Das nach der Wende vom IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel initiierte »Bündnis für Arbeit« scheiterte, weil die Einzelgewerkschaften und der DGB für ihre Zugeständnisse überprüfbare Zusagen der Unternehmer über die Schaffung oder wenigstens Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen haben wollten. Die Unternehmer haben sich dem systematisch verweigert.

Jetzt, im 13. Jahr der deutschen Einheit, ist es endlich zur großen Koalition der Parteien, Kirchen und Unternehmerverbände gekommen: Nun soll Schluss sein mit der »Politik der sozialen Kompromisse«. Die Gewerkschaften werden vor die Alternative gestellt: freiwillige Unterwerfung oder Aushöhlung ihrer tarif- und sozialpolitischen Rolle.

Entlang der Vorgaben der EU-Gipfel sollen die Arbeitgeberanteile bei den Sozialversicherungen zunächst eingefroren, dann gesenkt werden; die von Riester in Gang gesetzte Privatisierung der Altersvorsorge soll ausgedehnt und auf das Gesundheitssystem übertra-

gen werden. Der Zwang, Erwerbsarbeit um jeden Preis anzunehmen, wird zum Prinzip der Arbeitsvermittlung erklärt, versicherungsrechtliche Ansprüche zu Almosen umgewidmet.

Wer sagt, wir könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten? Kriegt die Öffentlichkeit mit, dass allein auf Kosten der Erwerbslosen 2,8 Milliarden Euro eingespart werden sollen? Kriegt sie mit, dass Kanzler Schröder mit seinem Spruch »Es gibt kein Recht auf Faulheit« einen gesellschaftlichen Krieg gegen die Arbeitslosen und Armen eingeleitet hat, in dem um kleinste Summen gefeilscht wird, während erst jüngst das Finanzministerium beschlossen hat, Aktienbesitzern mal wieder locker 5 Milliarden Euro Steuern auf Spekulationsverluste zu schenken? Wer sagt diesen Aktienbesitzern, dass »wir« sparen müssen?

Offenkundig sollen nur die kleinen Leute sparen, während die Wohlhabenden sich jetzt schon auf neue Steuererleichterungen freuen können. Den Unternehmern geht es auch nicht mehr nur um die Senkung der sog. »Lohnnebenkosten«; die Löhne selbst rücken ins Visier. Nach dem Vorbild im öffentlichen Dienst wollen sie die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich erhöhen und auf Teufel komm raus flexibilisieren. Gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland, auch so ein Gebot des Grundgesetzes, gibt es seit dem Anschluss der DDR nicht mehr, soll es aber auch für die alten Bundesländer nicht mehr geben. Der Flächentarif wird sukzessive ersetzt durch Lohnvereinbarungen, die sich tunlichst nur noch nach der Produktivität vor Ort, in der Branche oder im Betrieb richten.

Das bedeutet einen massiven Angriff auf die Tarifautonomie – den kann man jedoch nicht durchsetzen, ohne dass die Gewerkschaften das merken, und deswegen greifen Politiker, Medien und Unternehmerverbände die Gewerkschaften auch immer offener als »Standorthindernis« an.

Mit Hinweisen auf die Zugeständnisse, die sie schon gemacht haben, werden die Gewerkschaften diese frontalen Angriffe nicht abwehren können. Umso schlimmer ist es, dass sie gespalten sind. Einige Gewerkschaftsführungen sind eifrig bemüht, den Weg in die Mitte nachzuholen, um ihren Platz am Katzentisch des Politikmanagements und der Talkrunden zu sichern. Die Verunsicherung in der Bevölkerung und in der Mitgliedschaft über die Notwendigkeit der scheinbar alternativen »Reformen« begünstigen diese Entwicklung.

Die Herausbildung einer handlungsfähigen Opposition, die in der Lage ist, glaubwürdige gesellschaftliche Alternativen zu erarbeiten und für sie zu mobilisieren, ist ein langer Prozess. Die Demonstration am 1. November kann dafür nur ein Anfang sein. ★



Foto: Albrecht Triller

»Wir wollen die Arbeitslosigkeit nicht mehr bezahlen«

(Wolfgang Clement, Wirtschaftsminister)

Das ist der Leitfaden der Agenda 2010. Er wäre akzeptabel, wenn der Ausspruch bedeuten würde, endlich eine Politik der Schaffung von Arbeitsplätzen einzuleiten. Aber daran ist nicht im Entfernten gedacht. Er bedeutet nur: Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) soll für die Erwerbslosen nichts mehr ausgeben, auch wenn ihre Zahl weiter steigt (in diesem Winter rechnen Experten mit offiziell über 5 Millionen).

Wie geht das?

● Die statistische Erfassung von Erwerbslosen wird umgestellt auf eine nur stichprobenartige Befragung der Bevölkerung. Damit wird ihre Zahl um 750 000 verringert. »Richtige« Zahlen kommen dann nicht mehr aus Nürnberg, nur noch vom Statistischen Bundesamt.

● Die besten Arbeitslosen sind die, die erst gar keine werden. Seit dem 1. Juli 2003 müssen Beschäftigte, die von ihrer Kündigung wissen, sich beim Arbeitsamt melden, bevor sie arbeitslos werden. Von da an müssen sie an »Trainingsmaßnahmen« und »Profiling« teilnehmen, die ihnen ihren sozialen Abstieg vor Augen führen. Die Neuorganisation der Arbeitsämter gestattet den Sachbearbeitern ein hohes Maß an willkürlichen Entscheidungen, die nicht die Vermittlung in einen existenzsichernden Erwerb im Auge hat, sondern die Herausdrängung aus dem Leistungsbezug. Die Erwerbslosen sol-

len vom Gang zum Arbeitsamt abgeschreckt werden.

Bei Hartz heißt das, »den Nachschub für Nürnberg stoppen«.

● Wer dennoch zum Arbeitsamt muss, dem werden die Hürden für den Erhalt von Arbeitslosengeld extrem hoch gehängt. Es kann gesperrt werden, wenn er oder sie nicht beweisen kann, dass nicht ihr Verhalten schuld ist, dass sie eine Stelle nicht bekommen hat; wenn der Sachbearbeiter meint, sie hätte nicht ausreichend nach einem Job gesucht; wenn sie auf eine Anforderung des Amtes nicht prompt genug reagiert hat.

Seit Einführung der ersten Hartz-Gesetze am 1. 1. bis zum Juli 2003 ist die Zahl der Sperrzeiten auf diese Weise um das Vierfache gestiegen!

● Die BA will ab dem 1. 1. 2004 ihre aktive Arbeitsmarktpolitik auf die (immer weniger werdenden) Arbeitslosengeldbezieher konzentrieren. ALG I bekommt man allerdings nur noch für maximal 12 Monate. Danach gibts ALG II. Da wird man aber nicht mehr beruflich gefördert. Im Gegensatz zur Arbeitslosenhilfe, die ganz aus Steuermitteln gezahlt wurde, holt sich der Bund für das ALG II einen ordentlichen Teil aus der Versichertenkasse: Die BA soll für alle Erwerbslosen, die ins ALG II gewechselt sind, dem Bund einen Betrag zahlen.

● ALG II ist nicht mehr eine Leistung nach Arbeitsförderungs-gesetz, son-

dern nur noch eine Fürsorgeleistung. Sie soll im Westen 345, im Osten 331 Euro betragen – das ist der heutige Regelsatz der Sozialhilfe plus 16% Zuschlag. Extra Belastungen wie Klassenfahrten der Kinder oder Anschaffungen für Säuglinge, ein Wintermantel oder ein Kühlschrank können im Gegensatz zur heutigen Sozialhilfe nicht mehr geltend gemacht werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen hat ausgerechnet, dass Familien, die von der jetzigen Sozialhilfe ins ALG II wechseln, Einbußen zwischen 36 und 77 Euro monatlich haben werden.

● Die Antragsteller müssen mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig sein können – im physischen Sinne; feststellen will das der Verband der Rentenversicherer. Kinder oder zu pflegende Eltern gelten nicht mehr als Hindernis für eine Erwerbsfähigkeit.

● Der Kreis der Leistungsbeziehenden wird drastisch eingeschränkt, weil Vermögen von Partnern, wahrscheinlich auch Kindern und Eltern herangezogen werden. Vermögen über 13 000 Euro müssen erst aufgebraucht werden, bevor ALG II in Anspruch genommen werden darf. Ein Drittel der bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe fällt damit vorneweg aus dem Leistungsbezug.

● »Jede Arbeit ist zumutbar« bedeutet auf jeden Fall auch Arbeit unter Tariflöhnen. ★

1. November 2003 – Berlin
Bundesweite Demonstration
für den Erhalt der
sozialen Errungenschaften

Beginn: 13 Uhr Alexanderplatz/Mollstraße

Unsere Agenda für das 21. Jahrhundert: Arbeit in Würde und eine gesicherte Existenz

In Deutschland wird ein Systemwandel von oben durchgesetzt. Die sozialen Sicherungssysteme, die Jahrzehnte hindurch die sozialen Folgen der Massenarbeitslosigkeit abgefedert haben, sollen abgeschafft werden. Übrig bleiben wird die Konkurrenz aller gegen alle ohne Netz und doppelten Boden, die Verwandlung der öffentlichen Güter und Dienstleistungen in Waren und die unerbittliche Ausgrenzung derer, die nicht die Ellbogen und nicht das Geld haben, sich in der neuen sozialdarwinistischen Ge-

sellschaft zu behaupten. Uns steht bevor, was Anfang der 80er Jahre in Großbritannien, in Italien, Belgien, den Niederlanden in den 90er Jahren durchgesetzt wurde: die Zerstörung der grundlegenden Mechanismen gesellschaftlicher Solidarität. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe fängt es an, es folgen weitgehende Privatisierungen im Gesundheits- und Rentensystem sowie in der Bildung – und es endet mit der Reform des Föderalismus und einer damit einhergehenden weiteren Zentralisierung

der Repressionsapparate und Dezentralisierung sozialer Verantwortung. Deutschland wird zu einem sozialen Flickenteppich gemacht, den nur noch ein autoritärer Staat zusammenhalten kann. Ein Staat, der sich zudem darauf vorbereitet, nach außen wieder Krieg zu führen für Rohstoffe und Weltmarktanteile.

Zu dieser Entwicklung sagen wir NEIN! Wir schlagen einen anderen Entwicklungsweg vor.

1. Gesundheit: Parität erhalten und alle Einkommen heranziehen

Die anhaltende kapitalistische Krise führt zu einem immer stärkeren Druck auf die Löhne, besonders auf die sog. »Lohnnebenkosten«, die angeblich hierzulande im internationalen Vergleich zu teuer geworden seien und sich deshalb als Bremse für den Aufschwung oder als »Einstellungshemmnis« erwiesen. Eine ganze Batterie von Maßnahmen wird nun in Stellung gebracht, die nichts anderes zum Ziel haben, als den Arbeitslosen den Brotkorb höher zu hängen, den Rentnerinnen und Rentnern die Rente zu kürzen und den Kranken Leistungen zu streichen bzw. zu verteuern.

Die ausgehandelte »Gesundheitsreform« will den durchschnittlichen Beitragssatz der Versicherten auf 13% (heute 14,3%) beschränken. Um

dies zu erreichen, werden Zahnersatz und Lohnfortzahlung aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausgegliedert. Die Versicherten müssen höhere Zuzahlungen und »Eintrittsgelder« bei Arztbesuchen leisten. Die Umverteilung zulasten der Kranken beläuft sich auf etwa 20 Milliarden Euro. Dafür können ausgeschlossene Leistungen jetzt privat versichert werden. Damit ist eine Bresche geschlagen, die durchaus in eine Privatisierung der GKV münden kann.

Weil die Büchse der Pandora nun mal geöffnet ist, stellen neoliberale Ideologen, allen voran der Bund der Deutschen Industrie, gleich die »Systemfrage«: Das bestehende, umlage- und pa-

ritätisch finanzierte System soll entweder durch eine »Bürgerversicherung« oder aber durch die von der »Herzog-Kommission« vorgeschlagene Kopfpauschale abgelöst werden. Bei letzterer hätten alle Erwachsenen einheitlich »pro Kopf« etwa 260 Euro zu bezahlen. Die Auswirkungen wären drastisch: Zwischen 10% und 20% der Bevölkerung könnten sich die Kasse nicht mehr leisten und müssten im Krankheitsfall sehen, wo sie bleiben.

● Im Sinne einer solidarischen Gesellschaft gerecht ist **eine Versicherung, in die alle hier Lebenden auf der Grundlage aller ihrer Einkünfte einzahlen.**

● **Die Parität der Einzahlung zwischen »Arbeit-**

gebern« und »Arbeitnehmern«, die durch die Eigenbeteiligungen längst aufgelöst ist, muss wieder hergestellt werden.

Der Pferdefuß bei der von Rot-Grün favorisierten »Bürgerversicherung« liegt darin, dass auch sie vor allem die Unternehmer entlasten will. Die »Reform« kratzt auch kaum an den Privilegien der organisierten Ärzteschaft und der Pharmaindustrie.

● Eine wirkliche Reform muss der Vorherrschaft der Privilegienritter ein Ende setzen: durch den **Aufbau öffentlicher Gesundheitszentren und die Produktion wichtiger Medikamente in öffentlicher Regie.**

2. Rente: Allgemeine Einzahlungspflicht und Deckelung nach oben

Wenn sie begründen sollen, warum die Rente gekürzt werden muss, verweisen Sozialpolitiker aller Couleur auf die gestiegene Lebenserwartung und auf die Tatsache, dass die Rente vor 30 Jahren im Schnitt 10 Jahre, heute jedoch 19 Jahre gezahlt wird. Daraus schließen sie, dass das Rentenniveau gesenkt und die Lebensarbeitszeit verlängert werden muss, wenn die Rentenkassen nicht kollabieren sollen. Sie vergessen jedoch zu erwähnen, dass sich im gleichen Zeitraum die Produktivität mehr als verdoppelt hat. Es gibt in der Tat eine Krise der Rentenversicherung, doch die Altersentwicklung kann nicht der Grund dafür sein, die ist nicht sprunghaft angestiegen.

Der eigentliche Grund für das Loch in der Rentenkasse ist die anhaltende Wirtschaftskrise mit ihrer jahrzehntelangen Massenarbeitslosigkeit, verschärft durch den Anschluss der DDR und die Vernichtung der dortigen Industrie. Weil die Menschen der DDR (wie in den 70er Jahren die Landwirte in Westdeutschland) gemäß ihrer Arbeitsbiografie in die Rentenkassen der BRD integriert wurden, wegen der Massenarbeitslosigkeit aber nicht genügend Beitragszahlende in Lohn und Brot stehen, klafft eine zunehmende Lücke. Hinzu kommt, dass seit geraumer Zeit die Unternehmen landauf, landab ihre älteren »Mitarbeiter« über die Sozialkassen »abgewickelt« haben; in vielen Betrieben

sind Menschen über 50 Jahre eine Rarität. Der Staat war immer weniger bereit, die »versicherungsfremden Leistungen« aus Steuermitteln zu bezahlen; der steuerfinanzierte Anteil an der Rentenversicherung ist in der Kohl-Ära von über 30% auf rund 15% gesunken.

Die SPD-Grüne-Regierung hat nach ihrem Amtsantritt 1998 die Ökosteuer erfunden und in fünf Stufen erhöht, um den Beitragssatz in der Rentenversicherung »dauerhaft« unter 20% zu drücken. Nach dem neuen Modell soll der »Eckrentner« nach 45 Versicherungsjahren statt auf 70 nun auf 60% des letzten Nettoverdienstes kommen. Zur Kompensation der Differenz wurde

die »Riester-Rente« erfunden – eine staatliche geförderte private Absicherung, die im angeblich krisenfesteren »Kapitaldeckungsverfahren« aufgebaut wird. Das ist jedoch neoliberales Wunschdenken, denn in jedem System müssen die Renten letztlich aus der laufenden Produktion entnommen werden.

Die Rente kann nur stabilisiert werden, wenn eine allgemeine Einzahlungspflicht eingeführt wird – wie in der Schweiz. Damit könnte eine menschenwürdige Mindestrente geschaffen werden. **Nach oben hin würde die Rente gedeckelt, um einen wirklichen sozialen Ausgleich zu schaffen.**

3. Arbeitszeit: 35 Stunden sofort für alle ohne Lohneinbußen

Der in diesem Sommer spektakulär verloren gegangene Streik für die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie hat bewiesen: Die schnelle und radikale Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist eine Schlüsselfrage in den kommenden Jahren. Wie ein gewaltiger Sturm haben sich alle neoliberalen und kapitalistischen Kräfte des Landes zusammen geschlossen, um mit der Macht der Medien, der Parlamente und der Unternehmerverbände auf die IG Metall und die streikenden Belegschaften in Ostdeutschland einzudreschen, die es gewagt hatten, sich gegen den von Schröder, Merkel und Rogowski vorgegebenen Strom der Zeit zu stellen. Getroffene Hundebellen.

Politik und Wirtschaft wollen, dass zum ersten Mal in der Geschichte der BRD die individuelle absolute Arbeitszeit – das ist die Zeit, in der die Arbeitskraft ausgebeutet wird – wieder verlängert wird. Die bisher verfolgte Strategie, die Profitraten durch Intensivierung der Arbeitshetze und Steigerung der Produktivität zu sanieren, reicht nicht mehr aus. Der 8-Stunden-Tag, die 35-Stunden-Woche, der 6-Wochen-Urlaub, die jährlichen Feiertage und die Lebensarbeitszeit mit einem Rentenalter von 65 Jahren stehen zur Disposition. Der öffentliche Dienst soll dabei den Vorreiter spielen, angetrieben vom dicken Hammer der Sparpolitik.

Dass der Verlängerung der Arbeitszeit für die Beschäftigten millionenfache Nullarbeit der Er-

werbslosen gegenüber steht, ist eine der perversen Ungleichheiten der kapitalistischen Gesellschaft, die heute schon gar nicht mehr schön geredet wird.

Für die Gewerkschaften muss der Kampf für eine Umverteilung der Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommenseinbußen deshalb der entscheidende Kampf für eine andere gesellschaftspolitische Weichenstellung sein.

Noch scheuen sie den Kampf in ihrer Mehrheit. Betriebsratsfürsten und der SPD treu ergebene Bürokraten verteuern ihn ganz und gar, andere erklären

ihn für aussichtslos, weil er nicht gewonnen werden könne und von den Mitgliedern auch nicht gewollt sei – frei nach dem Motto: Die Trauben hängen zu hoch.

Das Gegenteil ist richtig: Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist an sich attraktiv und populär. Allein das Misstrauen in die Gewerkschaften, dass Arbeitszeitverkürzung erneut wie in den 90er Jahren durch Rationalisierungen aufgefangen würde, lässt viele Beschäftigte zaudern.

Der Streik im Osten hat auch gezeigt, dass ein solcher Kampf in den Betrieben allein nicht gewonnen werden kann. Dafür ist eine breite gesellschaftliche Kampagne erforderlich.

4. Flächentarif verteidigen!

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und die von ihr getragenen Landesregierungen haben Gesetzentwürfe zur Veränderung des Tarifvertragsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes in den Bundesrat eingebracht. Sie wollen den Druck auf Betriebsräte erhöhen, dass sie betriebliche Vereinbarungen abschließen, die geltende Tarifverträge unterlaufen. Verschlechterungen sollen erlaubt sein, wenn mindestens zwei Drittel der Belegschaft zustimmen.

Das Günstigkeitsprinzip nach dem Tarifvertragsgesetz soll geändert werden; es soll z.B. möglich werden, dass Erwerbslose in der Probe-

zeit generell 10% unter Tarif bezahlt werden. Die FDP will sogar durchsetzen, dass Beschäftigte auf tarifliche Ansprüche ganz oder teilweise verzichten, wenn sie dadurch eine betriebsbedingte Kündigung vermeiden.

Aber auch Schröder hat in seiner Regierungserklärung am 14. März die Gewerkschaften aufgefordert, Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen zu verankern. Angeblich schaffen niedrigere Löhne Arbeitsplätze. Sollten die Gewerkschaften nicht handeln, würde dies der Gesetzgeber tun.

Die bisherige Erfahrung zeigt: Öffnungsklauseln in Tarifverträgen gibt es zahlreich – überall im

Osten und in der Chemieindustrie. Sie haben bisher nur zur Erhöhung der Arbeitszeit bzw. zur Senkung der Einkommen geführt – nicht zu Neueinstellungen.

Die Unternehmer fordern Lohnsenkungen, damit sie auf dem Weltmarkt gegen polnische und chinesische Löhne konkurrieren können. In Deutschland wird damit kein einziger Arbeitsplatz geschaffen.

Und wie die jüngsten Wirtschaftsdaten zeigen, stimuliert die internationale Konkurrenzfähigkeit nicht mal das Wirtschaftswachstum: Deutschland war 2002 wieder Exportweltmeister – noch vor den

USA. Trotzdem erwartet die Regierung in diesem Jahr ein Nullwachstum.

Die Unterlaufung der Tarifverträge raubt den einzelnen Beschäftigten den kollektiven Schutz und macht Belegschaften erpressbar. Deshalb:

Hände weg von der Tarifautonomie und vom Betriebsverfassungsgesetz!

Tarifliche Standards müssen ausgebaut und in vollem Umfang auf Ostdeutschland ausgedehnt werden. Wer den Flächentarif aushebelt, produziert soziale Ungleichheit.

5. Kooperation statt Konkurrenz! Lebensverhältnisse nach oben angleichen! Bürgerinnen und Bürger beteiligen!

Jahr für Jahr steigt der von den abhängig Beschäftigten produzierte Reichtum, das Bruttosozialprodukt. Selten sind die Jahre, in denen es ein Null- oder ein Minuswachstum gibt. Wie kommt es, dass die Erwerbseinkommen dennoch stetig sinken?

Jahr für Jahr steigt auch die Produktivität. 20% der Weltbevölkerung im Norden stellen mittlerweile über 70% der Güter und Dienstleistungen weltweit her. Kann man da noch sagen: Höhere Produktivität schafft Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze? Das Gegenteil ist der Fall. Je stärker sich die weltweite Industrieproduktion in wenigen

Regionen der Welt konzentriert, desto mehr nehmen Arbeitslosigkeit und Armut zu.

Die kapitalistische Produktionsweise wird angetrieben von dem Zwang, immer mehr Kapital zu akkumulieren. Die schrankenlose Konkurrenz aller gegen alle ist – getarnt als »Eigenverantwortung« – zu einem gesellschaftlichen Leitbild erhoben worden; profitieren können in diesem gnadenlosen Wirtschaftskrieg letztlich nur wenige Haie. Militärische Kriege sind die notwendige letztendliche Folge.

Einzelmaßnahmen können keine wirksamen Korrekturen bewirken. Der **Mechanismus der pri-**

vaten Konkurrenz als solcher muss außer Kraft gesetzt und durch den Grundsatz der weltweiten Kooperation ersetzt werden. Das bedeutet:

- die öffentlichen Einkommen werden verwendet für die Schaffung der gesellschaftlich nötigen Arbeitsplätze, vor allem im Dienstleistungsbereich sowie in der Forschung und Entwicklung alternativer Technologien;
- private Gewinne und Vermögen werden wieder herangezogen für die Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben;
- an die Stelle der neuen Fürsorgeleistungen (ALG II, Sozialgeld) tritt republikweit ein einheitliches in-

dividuelles, garantiertes Mindesteinkommen, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, und darauf aufgesetzt ein gesetzlich garantierter Mindestlohn.

Die Herstellung nach oben angeglicher Lebensverhältnisse muss zum Verfassungsauftrag für jedwede Regierung werden.

● Die unmittelbare Einbeziehung der breitesten Bevölkerungsschichten in die Entscheidungen über Investitionen und die Kontrolle über die Verwendung der Ausgaben – z.B. über Beteiligungshaushalte – ist Voraussetzung dafür, dass Steuer-gelder nicht länger verschleudert werden.

Sozialforen gründen!

Der Widerstand gegen die Agenda 2010 hat große Hindernisse zu überwinden. Es ist nicht spurlos an der Gesellschaft vorübergegangen, dass seit Jahren Entsolidarisierung und privater Egoismus gepredigt werden; die Zerstörung solidarischer Strukturen hat dazu geführt, dass die Vereinzelung zunimmt und Menschen sich ohnmächtig fühlen, der losgetretenen Dampfwalze etwas entgegenzusetzen. Die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung steht aber auch gegen die geschlossene Phalanx fast aller im Bundestag vertretenen Parteien, die im Kern alle dasselbe sagen. Die Gewerkschaften, die als einzige Großorganisationen dem ein Gegengewicht entgegen-

zusetzen könnten, haben nach dem Sonderparteitag der SPD mit der Regierung einen Burgfrieden geschlossen und jede zentrale Mobilisierung gegen die Agenda 2010 abgeblasen. Daneben gibt nur noch eine zersplitterte soziale und politische Linke.

Das A und O für die Gewinnung von Glaubwürdigkeit und Gehör für die Gegner der Agenda 2010 ist deshalb ihre Einheit, ihr gemeinsames Argumentieren und Agieren.

Trotz anfänglicher Widrigkeiten ist es gelungen, den 1. November zu einem gemeinsamen Mobilisierungsdatum zu machen. Da werden wir zeigen: Die

Zerschlagung des Sozialstaats geht nicht ohne Widerstand über die Bühne! Auch nach dem Beschluss im Bundestag am 17.10. werden wir ihn fortsetzen.

Je massiver wir in Berlin am 1. November auftreten, desto deutlicher wird das Signal ausfallen.

In letzter Zeit vergeht kaum eine Woche, in der nicht Rentnerinnen, von Schließung bedrohte Projekte oder Sozialverbände auf die Straße gehen. Je nachdem, wie breit das aufrufende Spektrum ist, sind regionale Demonstrationen wie Mitte Oktober in Wiesbaden gegen die Sparpläne von Koch

überraschend massiv. Es ist also doch möglich, dass steter Tropfen den Stein höhlt und die zahlreichen örtlichen, regionalen und überregionalen Mobilisierungen die Stimmung kippen.

Gegen die faktische große Koalition für die Zerschlagung des Sozialstaats brauchen wir eine neue außerparlamentarische Opposition der gesamten Zivilgesellschaft!

Andere europäische Länder sind da viel weiter als wir. Das hat Gründe. Was uns fehlt, ist ein wirksames Instrument, unseren Widerstand zu bündeln. Wir brauchen eine gemeinsame Struktur, die uns erlaubt zu erkennen, dass die Angriffe der Regierungen sich gegen viele Bevölkerungsgruppen richtet, aber immer mit demselben Ziel: ihnen einen erkämpften sozialen Schutz zu nehmen. Wir müssen unsere gemeinsamen Interessen erkennen und in den Vordergrund stellen; die unterschiedlichen Aspekte und Betroffenheiten anerkennen und diskutieren und daraus Kraft für die gemeinsame Aktion schöpfen.

Das Sozialforum ist derzeit die einzige Struktur, die eine solche Rolle spielen kann. Aber Sozialforen gibt es in Deutschland bisher nur auf lokaler Ebene; meist richten sie sich unmittelbar gegen die drakonischen Sparmaßnahmen der Kommunen. Dass sie von unten wachsen, ist positiv, erlaubt aber keine gemeinsame Antwort gegen zentrale Angriffe wie die Agenda 2010.

Nach dem Europäischen Sozialforum in Paris müssen wir deshalb unverzüglich die Vorbereitung eines landesweiten Sozialforums in Deutschland einleiten. Es muss ein Forum für alle werden, die der neoliberalen Logik auf allen gesellschaftlichen Feldern eine Alternative entgegenzusetzen wollen. ★

isl internationale sozialistische linke Was wir wollen

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

★ *Ein besonderer Bezugspunkt der isl ist die internationale Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Sie ist Teil eines »neuen Internationalismus« von sozialen Bewegungen, wie er unter anderem mit den Protesten gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), gegen die Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle im November 1999, mit den Sozialforen in Porto Alegre seit Januar 2001 oder mit dem Europäischen Sozialforum im November 2002 in Erscheinung getreten ist.*

★ *Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. In Italien (Rifondazione Comunista), Frankreich (Wahlerfolge der revolutionären Linken), Portugal (Rolle des Linksblocks), Schottland (Verankerung der Scottish Socialist Party), England (Entstehung breiter sozialistischer Linksbündnisse) und anderswo sehen wir, dass es möglich ist, die politische Landschaft zu verändern. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*



Foto: Günther Gellrich

EU-Verfassung Kein Grund zur Freude

Ludwig van Beethovens »Ode an die Freude« soll laut EU-Verfassungsentwurf die offizielle Hymne der EU werden. Freude über den Verfassungsvertrag herrscht vor allem bei den Nutznießern: das sind fast alle Regierungen in der EU und die großen Lobbyorganisationen der Wirtschaft.

»Man muss dafür sorgen, dass der Entwurf nicht revidiert und umgekrempelt wird«, sagte der derzeitige EU-Ratspräsident, der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, als er ihn Mitte des Jahres entgegennahm. Nicht alle teilen die Freude über die künftige Verfassung. Friedensinitiativen kritisieren die dort festgeschriebene Militarisierung der EU, Radikaldemokraten die undemokratische Art und Weise, wie der Verfassungsvertrag entstanden ist.

Keine verfassungsgebende Versammlung ist für den konstituierenden Prozess zusammengetreten, nicht von Parlamenten gewählte Delegierte bestimmen, was dort hineingeschrieben wird. Die Verfassung ist ein Staats-

vertrag, den in erster Linie die nationalen Regierungen unter sich aushandeln.

Die EU wird von den Mitgliedstaaten eingerichtet, um deren »gemeinsame Ziele zu erreichen«. Die eingangs aufgezählten Grundwerte sind nicht das Fundament der Verfassung, sondern schmückendes Beiwerk.

Ganz besonders fällt auf, dass es keine garantierten sozialen Rechte gibt. Die in die Verfassung integrierte Grundrechtecharta erwähnt das Recht auf Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherheit, u.a. bei Mutterschaft, Krankheit, Alter und Arbeitsunfällen, auch eine »Unterstützung für die Wohnung« für diejenigen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen.

Achtet man allerdings auf die Feinheiten der Formulierungen und die Erläuterungen in Teil II des Verfassungsvertrags, sieht man, wo die Lücken sind. Es gibt kein Recht auf eine Altersversorgung und auch keinen garantierten Schutz im Fall von Erwerbslosigkeit. Verliert jemand seine Erwerbsar-

beit, soll lediglich der kostenlose Zugang zu Einrichtungen der Arbeitsvermittlung sichergestellt sein.

Im zweiten Teil des Vertragsentwurfs und in den Erläuterungen des Konvents werden die in der Grundrechtecharta erwähnten sozialen Rechte sogar noch relativiert. Sie stehen samt und sonders unter Finanzierungsvorbehalt: Diese Rechte dürfen nicht die »Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union« untergraben, sie dürfen »das finanzielle Gleichgewicht nicht beschädigen« und die »Leistungen der Daseinsvorsorge sollen mit den Vorschriften des Binnenmarkts vereinbar sein«.

Im Gegensatz zu den sozialen Rechten sind die Anforderungen des Binnenmarkts präzise definiert und genießen oberste Priorität. Hier heißt es freie Fahrt für die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge – neben der Rente auch die Wasserversorgung, das Bildungs- und Gesundheitssystem, die Verkehrsbetriebe. Der Verfassungstext mahnt zwar eine qualitativ

gute Versorgung an, aber die bisher gemachten Erfahrungen – z. B. in Großbritannien – sprechen eine andere Sprache. Bahnfahrten sind dort die teuersten in der EU, gleichzeitig die schlechtesten und gefährlichsten. Von der privaten Altersvorsorge haben dort nur die Versicherungsgesellschaften profitiert, nicht aber diejenigen, die ihnen ihr Geld anvertraut haben, um im Alter ohne Armut leben zu können. Viele sind auf eine überaus spärliche Sozialhilfe angewiesen.

Im Gegensatz zum Grundgesetz kennt die künftige EU-Verfassung keine »Sozialverpflichtung des Eigentums«. Das »Recht auf Eigentum« wird sogar durch ein weiteres Grundrecht, das ein juristisches Novum darstellt, ergänzt: die »unternehmerische Freiheit«. Sie erhält Verfassungsrang. Das bedeutet, dass das Recht auf Ausspernung per Verfassung garantiert ist.

Das Herzstück des Verfassungsvertrags aber ist die Sicherung des »offenen Binnenmarkts mit freiem und unverzerrtem Wettbewerb«. Und auch für die Außenbeziehungen der EU gilt, dass die Union den Freihandel fördert. Eine solch doktrinäre Festlegung auf die neoliberale Spielart des Kapitalismus gibt es in keiner Verfassung der Welt. ★

2. Europäisches Sozialforum – Paris 12.–15. November 2003

Veranstaltungsorte: Bobigny, Ivry, La Villette, Saint-Denis.
Anmeldungen auf der Webseite: www.fse-esf.org.
Anmeldungen vor Ort in Saint-Denis.

Sondertermine:

- 12.11. – Europäische Versammlung für die Rechte der Frauen, veranstaltet vom Weltfrauenmarsch.
- 12.11. – Europäisches Forum der Gewerkschaften, veranstaltet vom EGB.
- 15.11. – Großdemonstration im Rahmen des ESF.
- 16.11. – Versammlung der sozialen Bewegungen.

Busse fahren aus allen großen Städten. Von Österreich gibt es einen Zug, der u. a. München und Stuttgart anfährt.
Auf der Webseite www.dsfgsf.org findet sich eine Bus- und Mitfahrbörse, sowie Aufruf, Programm und weitere Informationen.
Infos auch unter Fon (0 69) 90 02 81 10.

Europäische Erwerbslosenversammlung im Rahmen des ESF

Die Europäische Erwerbslosenversammlung wird diesmal fünf Seminare umfassen:

1. **Europäische Beschäftigungspolitik**
2. **Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen**
Das Seminar wird in Zusammenarbeit mit den Netzwerken *Stop Précarité* (Frankreich) und *Stop precariato* (Italien), dem Obdachlosenausschuss von Charleroi (Belgien) und dem Weltfrauenmarsch veranstaltet.
3. **Welche Antwort auf Massenentlassungen?**
Dieses Seminar wird zusammen mit der Gewerkschaftscoalition G10 aus Frankreich und dem Weltfrauenmarsch veranstaltet.
4. **Für ein garantiertes Mindesteinkommen**
Seminar von Erwerbslosenorganisationen, Gewerkschaften der Arbeitssamtsbeschäftigten, den Disobbedienti und dem Europäischen Netzwerk für ein Grundeinkommen (BIEN).
5. **Erwerbslosenversammlung: Welche Kampagnen?**
Zusammen mit dem Europäischen Netzwerk der Erwerbslosen ENU.

Neu erschienen

Der Irakkrieg Eine Bilanz

Eine Broschüre der
isl – internationale sozialistische linke
mit Beiträgen von Jan Malewski, Christoph Jünke, James Cockcroft, Bernhard Schmid

40 Seiten • 2 Euro

Bestellung gegen Vorkasse

(Stichwort: »Irakbroschüre«) an:
isl, Dasselstr. 75–77, D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 • Fax 9 23 11 97
E-Mail <isl@die-welt-ist-keine-ware.de>
Angela Klein, Stadtparkasse Köln
(BLZ 370 501 98) 170 103 030

Die Konstituierung eines Europa von unten

Die Haltung der großen Parteien und Verbände zur EU ist in Deutschland fast uneingeschränkt positiv, von der CDU bis zur PDS; Kritik äußern diese nur in Einzelfragen, nicht grundsätzlich.

Für die bürgerlichen Parteien war die Europäische Gemeinschaft nach dem Krieg die Chance, »wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden«. Auch nach dem Anschluss der DDR gab es für das deutsche Kapital keine andere Möglichkeit, Osteuropa ökonomisch zu beherrschen als über eine Osterweiterung der EU. Für einen von der EU getrennten deutschen Entwicklungsweg gibt es heute keine Grundlagen.

Anders als viele Linke hoffen ist die EU kein positives Gegengewicht zu negativen Entwicklungen in Deutschland. Sie ist ein notwendiges Instrument für die Expansionsbestrebungen des deutschen wie des europäischen Kapitals. Bei der Reform der europäischen Institutionen, die seit dem EU-Gipfel in Nizza Ende 2000 in Gang ist, haben sich Deutschland und Frankreich eine faktische Vetoposition sichern können, die sie in der jetzigen Verfassungsdebatte gegenüber den kleineren Ländern mit Zähnen und Klauen verteidigen. Deutschland spielt eine treibende Rolle im Aufbau einer Militärunion und in der Anpassung der europäischen Asylbestimmungen an die restriktiven deutschen Gesetze. Das auf dem EU-Gipfel in Lissabon 2000 formulierte Credo: »Die Union muss zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Region der Welt werden« bildet die Grundlage der EU-Verfassung.

Grundsätzliche Kritik an der Maastricht-EU wird in Deutschland hörbar nur von streng Konservativen vorgetragen. Es überrascht daher nicht, dass ausgerechnet Edmund Stoiber ange-

kündigt hat, den Europawahlkampf der CSU unter das Motto der Kritik an der geplanten EU-Verfassung zu stellen. Unter vielen Gründen, die er vorträgt, sind solche, die auch Linke vortragen, z. B. die Entmachtung der nationalen Parlamente durch die Ausweitung europäischer Kompetenzen. Allerdings ist die Optik von Stoibers Kritik eine, die der Linken diametral entgegengesetzt sein müsste. Er kritisiert nämlich nicht die europaweite Durchsetzung der neoliberalen Dogmen, die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und den Mangel an Bürgerbeteiligung, also an Demokratie im Sinne von Volkssouveränität, sondern den weiteren Verlust an nationaler Souveränität, also an Mitwirkungsmöglichkeiten des Staates in Form von Bund und Ländern.

Zwischen nationaler und Volkssouveränität macht man in Deutschland häufig keinen Unterschied; das hängt damit zusammen, dass nationale Einheit in Deutschland immer von oben, auf der Grundlage der Verdrängung oder Zerschlagung demokratischer Bewegungen von unten durchgesetzt wurde. Für die derzeitige Debatte auf der europäischen Linken über eine demokratische Neugründung der Europäischen Union auf sozialer und multinationaler Grundlage ist der Unterschied aber konstitutiv.

Gegenmacht

Die im Europäischen Sozialforum zusammengeschlossene Linke beginnt zu realisieren, dass die EU von Maastricht ein ebenso neoliberales Projekt ist wie die WTO und sich denselben Zielen verschrieben hat. Sie versteht, dass diese EU die Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung in den Verfassungsrang erheben will. Sie hat noch große Mühe, gegen den Stabilitätspakt



Foto: Gerd Riesselmann

und die Maastricht-Kriterien in Stellung zu gehen und die soziale Regression zu kritisieren, die mit dieser EU verbunden ist. Aber sie beginnt zu verstehen, dass die europäische Ebene der Politik auch für Linke eine notwendige Erweiterung der nationalen, lokalen und internationalen Ebene ist.

Zwei Drittel bis drei Viertel aller Gesetze, die im Bundestag oder einem anderen nationalen Parlament in der EU verhandelt werden, haben ihren Ursprung in Brüssel. Sie schneiden manchmal tief in die gesellschaftliche Realität vor Ort ein. Das gilt nicht nur für europäische Projekte wie die Transnationalen Verkehrsnetze oder die Agrarpolitik.

Es gilt auch für Bereiche wie die Agenda 2010, die scheinbar allein in der Kompetenz von Berlin liegt, aber so entwaffnend offen mit den Vorgaben der europäischen Beschäftigungspolitik oder Wettbewerbspolitik begründet wird. Wenn man eine Europäische

Zentralbank hat, die allein über die Geldpolitik entscheidet, ist rein nationaler Widerstand nicht nur chancenlos, er würde auch in eine politisch falsche Richtung führen.

Europa ist in den letzten 20 Jahren stark zusammengewachsen, und es ist groß geworden. Es ist richtig, dass die Völker in Europa ihre Zukunft gemeinsam diskutieren und miteinander abstimmen. Es ist richtig, dass es Aufgaben gibt, die auf europäischer Ebene gelöst werden müssen, so wie es Aufgaben gibt, die am besten auf lokaler Ebene zu lösen sind.

Für die Linke kann die Diskussion nicht darin bestehen, ob sie die europäische oder die nationalstaatliche Ebene stärken will, sie muss darin bestehen, wie an die Stelle immer selbsterherrlicherer und von der großen Mehrheit der Bevölkerungen immer stärker abgeschotteter Entscheidungsprozesse eine reale Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den wesentlichen ökonomischen und politischen Entscheidungen treten kann – und zwar in Deutschland wie in der EU. Eine Demokratisierung der EU wird es ohne Demokratisierung ihrer Mitgliedstaaten nicht geben – und umgekehrt.

Gegen das Europa von Maastricht

Europa muss sich von unten konstituieren, als Projekt einer demokratischen Gegenmacht, die eine wirtschaftliche und soziale Kehrtwende einleitet und gleichberechtigte Austauschbeziehungen mit den Ländern des Südens in Gang setzt.

In Paris kommt es darauf an:

- dass wir uns auf Grundzüge für eine soziale und demokratische Alternative zur EU-Verfassung verständigen;
- dass wir einen europäischen Aktionstag im ersten Halbjahr 2004 gegen das Europa von Maastricht vereinbaren;
- dass wir eine gemeinsame Kampagne gegen die geplante Verfassung tragen;
- dass wir die Stimme für ein anderes Europa auch bei den Europawahlen im Juni 2004 zur Geltung bringen. ★

Ein anderes Europa ist möglich

Soziale Bewegungen wollen auf dem Europäischen Sozialforum in Paris den Prozess der Konstituierung einer anderen Europäischen Union einleiten. Sie wollen eine EU, in der:

- ★ alle Menschen Bürgerrecht erhalten, die in ihr ihren Lebensmittelpunkt haben;
- ★ alle diese Menschen zugleich Staatsbürger und EU-Bürger sind;
- ★ das Europäische Parlament tatsächliche parlamentarische Befugnisse hat wie die Erstellung des Haushalts, die wirksame und umfassende Kontrolle der Exekutive, die Steuerhoheit sowie das alleinige Rechte, über Krieg und Frieden zu entscheiden;
- ★ die Vertretung der Mitgliedstaaten durch eine zweite Kammer geregelt wird, in der der Grundsatz gilt: ein Staat, eine Stimme;
- ★ die Parlamente der Mitgliedstaaten in Fällen, die ihre vitalen Interessen berühren, ein Vetorecht haben;
- ★ die politische Vertretung der Bürger auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur europäischen, im Sinne ihrer direkten Beteiligung an Haushalts- und Investitionsentscheidungen neu geregelt wird;
- ★ der Wachstums- und Stabilitätspakt ersetzt wird durch die verfassungsmäßige Verpflichtung auf die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in Europa und ihre Angleichung nach oben;
- ★ die Europäische Zentralbank auf diese Ziele sowie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen verpflichtet und von den nationalen Parlamenten kontrolliert wird;
- ★ die öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Energieversorgung, Verkehr, Kommunikation und Kultur umweltverträglich ausgebaut wird und alle Menschen Zugang zu ihr haben;
- ★ die Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe bleibt, um allen Menschen ein Leben in Würde und eine sichere Existenz zu garantieren;
- ★ das Vetorecht der Einzelstaaten in den Bereichen Steuer- und Arbeitsmarktpolitik aufgehoben wird, um eine Harmonisierung der Steuersätze, der sozialen Sicherungssysteme wie des Arbeitsrechts zu ermöglichen;
- ★ ein Mindesteinkommen festgesetzt wird, das sich ausdrückt in Anteilen am gesellschaftlichen Reichtum (Bruttoinlandsprodukt), der in einem Mitgliedstaat geschaffen wird (Vorschlag: 50% pro Kopf); darauf gesetzt ein europäischer Mindestlohn, der gesetzlich garantiert wird;
- ★ die gesetzlichen Arbeitszeiten einheitlich auf zunächst 35 Stunden heruntergefahren werden;
- ★ die Bauern das Recht haben, die Bevölkerung in der Region mit ihren Produkten zu versorgen, und die Reform der europäischen Agrarpolitik auf die Förderung der Klein- und Mittelbauern und einer biologischen Landwirtschaft anstelle von Agrobusiness und Gentechnologie ausgerichtet wird. ★



»Wer Elend sät, wird Wut ernten!«

Foto: Gerhard Klas

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Berlin isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de Duisburg isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de Düsseldorf isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de Frankfurt/M. isl-frankfurtm@die-welt-ist-keine-ware.de Hamburg isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de Karlsruhe isl-karlsruhe@die-welt-ist-keine-ware.de Köln isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de München isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de Ruhrgebiet isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de Andere Orte isl@die-welt-ist-keine-ware.de



IMPRESSUM

Die Aktionszeitung FLUGSCHRIFTEN wird herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken/IV. Internationale (isl) und erscheint bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · isl@die-welt-ist-keine-ware.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-plus.de